

# Sächsische Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 144.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Zweite Ausgabe

Wagungspreis für Halle und Verorte 2.20 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für die Vierteljahrs-  
Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Halle-Belagern: Sächsischer  
König (Halle, Halle-Verort), 24. Unterwallstraße (Sonnabend), Sächs. Mittelblätter,  
Mittelblätter, Sächsische Provinzialblätter, Ständebörsen (für die junge Welt).

Einzelhefte für die sechsmonatliche Abnahme oder deren Raum für Halle und den  
Grenzort 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Bestellen am Schluss des redaktionellen Zeit-  
blattes 100 Pfennig. Einlagenname bei der Geschäftsstelle in Halle (Saxe) und bei allen  
bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle (Saxe): Leipziger Straße Nr. 61/62.  
Telefon 8108 u. 8109; Redaktionsfernrufruf 8110.  
Sachverständigen Dr. Strassers-Sträßgen Halle (Saxe).

Donnerstag, 26. März 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 20.  
Telefon Amt Kurfürst Nr. 6200.  
Druck und Verlag von Otto Ehrlich, Halle (Saxe).

## Die Neuordnung der Dinge im Reichsland.

Die endgültige Regelung der Statthalterfrage, die irgend ein einziger Reichstagsminister am Sonnabend als vollzogene Tatsache gemeldet hat, ist in Wahrheit erst in einigen Wochen zu erwarten. Ob erst nach der Rückkehr des Kaisers nach Paris, was dahingehend bleiben; denkbar wäre auch, daß die Kaiserliche Entscheidung bei Gelegenheit des Besuchs des Reichstagspräsidenten, den der Kaiser, wie vor zwei Jahren, für die Osterferien nach Paris eingeladen haben soll. Das Herr von Döllner, der jetzige Minister des Innern, ausserhalb ist, den Grafen Wedel in der ehemaligen „Präsidenten“ zu Straßburg zu erziehen, wird aber nirgends mehr besprochen oder begewusst. Damit würde der Statthalterposten zum ersten Male seit seiner Schaffung (am 1. Oktober 1879) einem Beamten der eigentlichen Staatsverwaltung anvertraut. Der erste Statthalter war bekanntlich der Generalleutnant Edwin von Manteuffel; ihm folgte 1888 der Fürst Oskar von Stolberg-Schillingen, dessen 1894 sein Vetter Fürst Hermann zu Stolberg-Kamenzburg, der im Grunde nur Diktator war, und ihn löste am 1. November 1907 Graf Wedel ab, der die Eigenschaften des Ministers und des Diplomaten in sich vereinigte.

Johann von Döllner, am 29. November 1855 zu Breslau geboren, seit 1910 preussischer Minister des Innern, ist während seiner bisherigen amtlichen Laufbahn schon zweimal aus dem preussischen Staatsdienst ausgeschieden; im Jahre 1899 wurde er — damals Landrat in Lübben — mit einer Anzahl seiner Genossenschaftsgenossen wegen seiner Ablehnung gegen die Kanalvorlage zur Disposition gestellt, ein Zwischenfall, der beweist, daß ihm als charaktervollstem Mann der konservativen Gedante nie in einem schändlichen Nichts-als-Gouvernementalismus aufgegangen ist; von 1902 bis 1909 fand er an der Spitze des anhaltischen Staatsministeriums, ein Beweis, daß man auch außerhalb Preussens seine Verwaltungsfähigkeit zu schätzen wußte. Die Stelle seines künftigen Wirkens hat er, so wie wir wissen, bisher nur als Subjekt kennen gelernt. Das Weite und Wichtigste, was er in dieses neue, hohe und verantwortungsvolle Amt mitbringt, ist der frische, unerwartete preussische Staatsgedanke, in dem das Reich und mit ihm auch das Reichsland seinen Aufbruch hat und haben muß. Eine lebendige und kraftvolle Verpersönung dieses Staatsgedankens in der Person des Statthalters ist es, was dem Reichslande in der gegenwärtigen selbstverschuldeten Krise besonders not tut. Es denkt niemand daran, einen Umwälzungsführer und Mutterbruder nach Straßburg zu entsenden, und Herr von Döllner wäre dazu gar nicht der geeignete Mann. Aber was ein Geis nicht in sich hat, muß es über sich haben, und die Elb-Lothringern haben leider in den letzten Monaten gezeigt, daß sie den feilen Geist eines deutschen Staatsgedankens nicht haben, sondern in der Disziplinlosigkeit eines lächerlichen Selbstverächters am liebsten allerhand Unmündigkeiten hin- und herjagen. Die demotragischen Tendenzen der Zeit nehmen dort besonders bedenkliche Formen an, einmal, weil sie sich durch das gefährliche Spiel mit dem sinnlosen Gedanken einer Stellung zwischen zwei gemäßigten Mächtern und Staaten komplizieren, sodann aber, weil in diesem Lande die konfessionellen Elemente verfangen, ohne die ein Staat nicht zur Ruhe kommen kann; das Rotwalsentum und der Aleris lassen beide an Zuverlässigkeit gegenüber dem Reich mangeln, zu wünschen übrig. Auf wen soll da eine Regierung sich stützen?

An diesen traurigen Zuständen wird ja nun auch Herr v. Döllner zunächst nichts ändern können. Er muß die harten Stützen seiner Stellung von außen her mitbringen: das Vertrauen des Kaisers, die höchsten Interessen des Reiches, die lebendigen Kräfte des preussischen Staatsgedankens, und die Elb-Lothringern werden sich damit abfinden müssen, daß es eine aussergewöhnliche Sache ist, wider die Stachel des Reiches lösen zu wollen. Vielleicht haben sie darin in den letzten Wochen bereits einen Anfang gemacht, denn die neuen Männer haben schon bisher eine bei aller Mühe erfreulich feste Hand gezeigt, und man könnte sogar den Eindruck gewinnen, als ob die Sache auch unter dem Grafen Wedel zu machen wäre. Aber es hat natürlich doch manches für sich, an die Spitze des Reichslandes einen Mann zu stellen, der durch die Wirrnis der letzten Monate weder innerlich noch äußerlich in irgend einer Weise prägnanter erscheint, sondern an die Lösung der seiner harten großen Aufgaben mit schärfster Sachlichkeit herantritt. „Sachlichkeit“, das ist eben überhaupt der geeignete Wahlwort für das Wirken des fünften Statthalters zu sein. Man hat viel zu lange mit verkehrten Faktoren gerechnet und dabei die innerlichsten Forderungen gemacht. Das soll und wird ein Ende haben. In Elb-Lothringen muß geschehen, was das Reiches Sicherheit und Ruhe erfordert, und nichts darf geduldet werden, was die Sicherheit und Ruhe irgend gefährden kann.

## Die Monarchenzusammenkunft in Venedig.

König Viktor Emanuel wurde bei seiner bereits gemeldeten Ankunft trotz des Regens von einer zahlreichen Volksmenge erwartet. Auf dem Bahnhof hatten sich der deutsche Botschafter v. Flotow, die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden, Abgeordnete, Senatoren, Offiziere aus dem Gefolge des deutschen Kaisers und viele andere hervorragende Persönlichkeiten eingefunden. Der König kam als er, gefolgt von dem Minister des Reichers Marquis di San Giuliano, dem Hofpage anständig, kleine Generaluniform. Er wurde von den Anwesenden herzlich begrüßt und beim Verlassen des Bahnhofs vom Publikum mit einer lebhaften Kundgebung empfangen. Der König begab sich mit dem Generaladjutanten Brusati und dem übrigen Gefolge nach dem Palazzo Reale, wo er um 9 Uhr eintraf und von den Mannschaften der deutschen Kriegsschiffe und der italienischen Zorpedoboots mit drei Hurras begrüßt wurde. Vom Balkon aus dankte der Monarch für die ihm dargebrachten Kundgebungen. Um 10 Uhr begab sich der König an Bord der „Sobenzollern“.

Kaiser Wilhelm, der einen Vorschlag des Königs folgend, von einer besonderen Erwiderung des Besuchs des Königs bei dem kaiserlichen Hofe Abstand genommen hatte, begab sich mit Gefolge gegen 1 Uhr von der „Sobenzollern“ nach dem Königspalast, um dort an der Frühstückstafel teilzunehmen. Das Publikum brachte dem Kaiser lebhafte Glückwünsche dar.

Kaiser Wilhelm führte dem König von Italien nach dem gemeinschaftlichen Frühstück im Palazzo Reale den Konzeptschef „Geben“ im Gefolge mit sich. Der König bestrich die einzelnen Gefechtsstationen mit großem Interesse und lobte die ausgeführten Leistungen. Auf dem Flaggstange der deutschen Mittelmeerdivision waren während des Aufenthalts der Majestäten am Großmast die beiden Standarden Seite an Seite gehängt und am Vornaste die Großadmiralsflagge des Kaisers. In der Admiralskajüte wurde Tee getrunken. Als die Majestäten das Schiff verließen, feuerten die Kriegsschiffe der italienischen Flotte. Die Monarchen kehrten im Schnellboote des Königs nach Venedig zurück, während das Wetter langsam aufklarte. In der Stadt befand sich die bekannte Feuerwerke im Dogenpalast sowie die bekannte Epiphanienschau von Ferraria. Bei ihrem Besuch im Dogenpalast wurden beide Monarchen, als sie auf der Loggia erschienen, von der Menge auf das lebhafteste begrüßt. Die Monarchen bewundern u. a. die erneuerte Loggia Foscari. Bei der Abendtafel am Bord der „Sobenzollern“ lag Kaiser Wilhelm gegenüber dem König.

Der Kaiser verließ eine Reihe von Zeremonienausrichtungen, unter anderem den Kronenorden zweiter Klasse mit Stern an den Kommandanten von Venedig, Generalmajor Marcongo, den Kronenorden zweiter Klasse dem Oberleutnant der Garabiniere Omat, den Orden Meritoren erster Klasse dem Viceadmiral Garello, den Stern zum Kronenorden zweiter Klasse dem Kapitän zur See Grafen Weinberg, den Kronenorden zweiter Klasse den Freigantenskapitän Hubert und Orest. Weitere Auszeichnungen wurden auch an Angestellte der Werft verliehen.

„Corriere d'Italia“ begrüßt den Kaiser in einem Artikel und betont dabei, daß der Ausdruck ein Wort des Friedens sei. Die „Tribuna“ bringt heute ebenfalls einen Begrüßungsartikel und sagt, das italienische Volk begrüßt mit aufrichtiger Freude die Begegnung der Herrscher, die fast schon zur Gewohnheit geworden sei. Sie beweise nicht nur die ausgezeichneten Beziehungen der Verbündeten, sondern auch die engen Bande gegenseitiger Verschlingung, welche die beiden Herrscher während der letzten Zusammenkunft im Jahre 1912 bei Italien aus den historischen Ereignissen der beiden letzten Jahre moralisch und materiell gefestigt hervorgerufen. Außerdem sei auch der Ausdruck verlängert worden und damit auch automatisch die Friedenssehnsucht in Europa und das internationale Geschick.

## Deutsches Reich.

### Zur Kolonialreise des Kronprinzen.

Wie wir hören, wird die Reise der Kronprinzlichen Hochzeiten in die deutschen afrikanischen Schutzgebiete in diesem Frühjahr deshalb noch nicht zur Ausführung gelangen, weil es sich als unmöglich herausgestellt hat, die Reise in der zur Verfügung stehenden Zeit vorzubereiten, wie es nach ihrer kolonialpolitischen Bedeutung und ihrem informativem Zweck erwünscht erscheint.

### Dem Abgeordnetentage

ist der Entwurf eines Eisenbahnabgabengesetzes (Sekundärbahnvorlage) zugegangen. Der Entwurf fordert insgesamt 506 211 000 Mk. Im einzelnen sind zum Bau von Haupt- und Nebenbahnen sowie zur Befestigung von Bahnrampen infolge des Wauses dieser Eisenbahnen 117 478 000

Mark borgehen. Zur Befestigung von zwei und weiteren Gleisen werden 174 823 000 Mk., zu weiteren Bauausführungen 33 565 000 Mk. geordert. Zur Befestigung von Bahnrampen für die bestehenden Staatsbahnen sollen 173 200 000 Mk. zur weiteren Förderung des Wauses von Nebenbahnen 6 500 000 Mk. verwendet werden. Schließlich fordert der Entwurf zum Entwurf des Cronberger Eisenbahnunternehmens 650 000 Mk.

### Kommunalabgabengesetz.

Die 13. Kommission des Abgeordnetenhauses setzte am Dienstag die Beratung des Kommunalabgabengesetzes fort und nahm den § 5 nach der Regierungsvorlage an, wonach die bestehenden Vorschriften über die Verteilung des Wauses zur Erhebung von Besatzungs- und anderen Verkehrsabgaben unberührt bleiben, ebenso § 6, wonach die Gemeinden usw. Aufzuchtsteuern, sowie Gebühren für Ausstellung von Zeugnissen, Beglaubigungen usw. erheben dürfen.

§ 7 wurde in folgender Fassung angenommen: „Gebühren sind im voraus nach festen Normen und Sätzen zu bestimmen. Dabei sind Ermäßigungen und Befreiungen insbesondere wegen geringerer Leistungsfähigkeit nicht ausgeschlossen.“

§ 8, der die Fälle aufzählt, in denen die Gebührenordnung der Genehmigung bedarf, wurde mit einer redaktionellen Veränderung angenommen.

Bei § 9 entpann sich eine längere Debatte über die Frage, inwiefern die Grundbesitzer und Gewerbetreibenden, denen aus der Herstellung und Unterhaltung von im öffentlichen Interesse liegenden Veranlassungen Vorteile erwachsen, zu den Kosten herangezogen werden können. Die Konservativen wollten eine Befreiung mit der Hälfte, die Nationalliberalen mit zwei Drittel und die Fortschrittlichen mit drei Vierteln der Gesamtkosten. Die Debatte wurde unter Anführung zahlreicher Beispiele geführt und soll in der nächsten Sitzung am Freitag vorfristig fortgesetzt werden.

### Aus der Ersten Reichstagskammer.

In Begründung der bereits gemeldeten Resolution führte Dr. Müller u. a. aus, er bedauere, daß der Abert der Statthalterpost in Halle angewiesen worden sei. Die Frage sei die: Galt die Erste Kammer, die Stellung des Statthalters für zu überflüssig, oder doch als gerechtfertigt ersicht, die bisherigen 2000 Mark betragenden Repräsentationskosten auf die Hälfte zu kürzen?

Bürgermeister Lumenthal erklärte, die Aufstellung der Statthalterpost mit 100 000 Mark genüge den höchsten Anforderungen. Die Elb-Lothringern, demokratisch veranlagt, nähmen nicht die Schmeizler zum Vorbild. Der Herr Statthalter möge seine freie Willensbestimmung so äußern, wie er es wünscht. Wenn sein Wille nicht übereinstimme mit dem freien Willensbestimmung des Reichstages, was dann? Die Ereignisse der letzten Monate hätten den Beweis erbracht, daß der Reichstagspräsident die Disziplin der Elb-Lothringern nicht zu halten vermag. Die Statthalterpost und die neue Vertretung hätten nichts geändert an dem preussischen Einfluß. Nach wie vor bestände die Tatsache der Abhängigkeit von Berlin. Der Reichstagspräsident habe den Schein beibehalten durch seine Darlegungen über die Bundesratsbestimmungen. Die Regierung sei bisher nicht in der Lage gewesen, zu sagen, was der Statthalter getan habe, um den Reichstagspräsidenten in die gesetzlichen Schranken zu zwingen. Solange das nicht der Fall sei, werde kein Versuch im Lande gemacht, das man es mit einer dem Geiste der Verfassung entsprechenden Politik in diesem Lande zu tun habe. Der Statthalter beste fallen müssen, weil er durch die Haltung des Reichstagspräsidenten, der seiner Meinung anfänglich günstig war, plötzlich auf das Zudone gesetzt worden sei. Damit habe die Institution der Statthalterpost einen Stoß erlitten, von dem sie sich nicht mehr erholen könne. Die landesrechtlichen Bedürfnisse seien zu minderbewertender Art, daß sie auch untergeordneten Stellen übertragen werden könnten. In allen wichtigen Sachen entschiede der Kaiser und repräsentiere der Kaiser. Wenn dieser Repräsentation werde der Statthalter stets in den Schatten gestellt werden. Der Staatsrechtslehrer Saband wünschte, daß dem Statthalter ein im Etat hergegründetes Gehalt ausgemessen werde. Bürgermeister Dr. Schwander erklärte, er stimme gegen die Resolution. Konstitutionalpräsident Curtius sprach sich für die Resolution aus. Das Mitglied Weichmann erklärte sich gleichfalls für die Resolution. Gehalt jedoch sich in der Diskussion. Weichmann den Ausführungen Müllers an. Man müsse an einer Erhöhung des Amtes des Statthalters arbeiten. Darauf erfolgte die gemeldete Abstimmung.

### Wo bleiben die Arbeitergroßen?

Die vielörterte Frage nach dem Verbleib der sozialdemokratischen Arbeitergroßen ist jedoch in Köln Gegenstand gerichtlicher Feststellung gewesen. In einem Weidungsprozess des Generaldirektors P. Steller-Köln gegen die sozialdemokratische „Rein. Rg.“ unterbreitete der ablicht verordnete Sachverständigen dem Gericht eine Aufstellung über die Finanzabrechnung der Kölner „Freien“ Gewerkschaften. Daran sind 177 784 Mk.; darunter an Leistungen der Mitglieder: 8 715,35 Mk. Aufnahmegerühren, 888 560,40 Mk. Beiträge der Mitglieder, 55 081,35 Mk. Ertragsbeiträge der Mit-





